

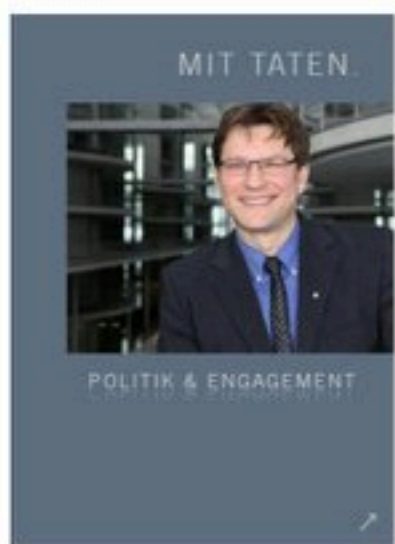
Religionsfreiheit und mehr:

Der politische Beitrag der Deutschen Evangelischen Allianz

von Uwe Heimowski, Beauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des Bundestags und der Bundesregierung in Berlin

„Heureka“ jubelte Archimedes, als er nach langem Grübeln endlich herausfand, wie es sich mit dem Prinzip des Auftriebs verhielt. „Heureka – ich hab’s gefunden“. Politik, zumal in einer Demokratie, hat es schwerer. Sie ist ständig auf der Suche. Sie sucht immer neue Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen, und muss für diese Antworten dann auch noch Mehrheiten finden.

Schon Jeremia schien das gewusst zu haben, als er den Israeliten mit auf den Weg ins Exil gab: „Suchet der Stadt Bestes“. Er fordert sie auf: bringt euch ein mit dem, was Gott euch gegeben hat, übernehmt Verantwortung, gründet Familien und betet für die Stadt.



Der 53-jährige Theologe und Gemeindeformentor im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Uwe Heimowski, ist seit Oktober 2016 Beauftragter der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des Bundestags und der Bundesregierung in Berlin.

Wer sucht, der braucht Orientierung: einen Kompass. In der Bundesrepublik Deutschland hat das Grundgesetz diese leitende Funktion. Das Grundgesetz wiederum steht in der jüdisch-christlichen Tradition, wie es die Präambel deutlich erklärt: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“.

Seit der Gründung im Jahr 1846 in London geht es der Evangelischen Allianz darum, biblische Maßstäbe jeweils aktuell einzubringen in diese Suche nach dem richtigen politischen Weg. Als zwischenkirchliche Basisbewegung machen wir Zeitan-

sagen zu gesellschaftlichen Themen. Gemeinsam mit den Vertretern der Kirchen, Freikirchen, Gemeinschaften und Werke sind wir eine christliche Stimme im politischen Berlin.

Ein Schwerpunkt der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) ist der Einsatz für Religionsfreiheit und für verfolgte Christen. Das ist quasi „in der DNA“ der Evangelischen Allianz angelegt. Viele ihrer Gründer gehörten zu Minderheitskirchen und hatten Benachteiligungen, Unterdrückung und Verfolgung am eigenen Leibe erlebt. Religionsfreiheit war existentiell für sie. Wobei nicht nur die eigene Freiheit postuliert wurde. Der Baptist Julius Köbner formulierte 1848, hundert Jahre vor der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Aber wir behaupten ... religiöse Freiheit ... in völlig gleichem Maße für alle, seien sie Christen, Juden, Muhamedaner oder was sonst.“

Als Beauftragter der DEA arbeite ich in verschiedenen Arbeitsgruppen des Deutschen Bundestags mit, etwa dem Stephanuskreis der CDU/CSU-Fraktion, der sich explizit mit der Verfolgung von Christen beschäftigt.

Wir stellen Politikern Expertise zur Verfügung, etwa durch die regelmäßigen Jahrbücher „Religionsfreiheit“ sowie „Verfolgung und Diskriminierung von Christen“, die wir gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und dem International Institute for Religious Freedom (IIRF) der Weltweiten Evangelischen Allianz herausbringen. Den jährlich erscheinenden Doppelband mit gesammelten Essays und Länderbe-

richten erhalten alle Bundestagsabgeordneten.

Auch melden wir uns zu Wort, wenn Religionsfreiheit eingeschränkt wird. In Pressemitteilungen haben wir mit als erste die weltweite Lage von verfolgten Christen thematisiert oder die Gewalt durch Muslime gegenüber Konvertiten in deutschen Flüchtlingsheimen.

Sehr deutlich äußern wir uns zum Antisemitismus. Als im Februar 2018 die Zahl von 1.453 antisemitischen Delikten im Vorjahr bekannt wurde, befragte mich dazu die Evangelische Nachrichtenagentur idea. Mir fiel nur ein Wort dafür ein: „beschämend“.

Ende April haben wir die Aktion „Berlin trägt Kippa“ unterstützt. Gegenüber dem Medienmagazin pro erklärte ich: „Die Aktion ist wichtig. Wir benötigen Symbole, mit denen wir uns deutlich und erkennbar solidarisieren mit Opfern von Gewalt oder Antisemitismus. Gerade Christen stehen gegenüber Juden in einer Verpflichtung, sowohl theologisch als auch historisch.“

Dabei habe ich auch meine Sorge ausgedrückt, dass Antisemitismus vermehrt in einem „neuen Gewand in Form von Israelkritik daherkommt. Dieser Antisemitismus nähert sich nicht mehr sachlich dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, sondern schiebt die Schuld einseitig den Israelis zu. Nicht alles, was Israel tut, müssen Christen gut finden. Aber es kann nicht sein, dass über vermeintliche Menschenrechtsver-

letzungen alles, was jüdisch ist, in Frage gestellt wird.“

Ambivalent sehen wir die Rolle des Islam in Deutschland. Auch Muslime sind durch die Religionsfreiheit geschützt. Dafür setzen wir uns ein. Pauschale Verurteilungen von Muslimen lehnen wir ab, sie sind vielfach rassistisch motiviert. Doch dürfen unter dem Deckmantel der

Religionsfreiheit nicht staatliche Interessen etwa der Türkei durchgesetzt oder die Scharia als Paralleljustiz etabliert werden. Auch darf islamische Gewalt gegen Juden und Konvertiten nicht geduldet werden. Der Boden der Religionsfreiheit ist das Grundgesetz.

Die DEA ist parteipolitisch neutral. Sie sucht thematische Allianzen.

Mit den christlichen Kirchen und Verbänden wollen wir möglichst mit einer gemeinsamen Stimme sprechen - im Wissen, dass auch Christen, die die gleiche Bibel lesen, zu unterschiedlichen politischen Antworten kommen. Doch gilt auch im politischen Bereich: „Wer sucht, der wird finden“ (Jesus Christus, Mat 7,7).

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

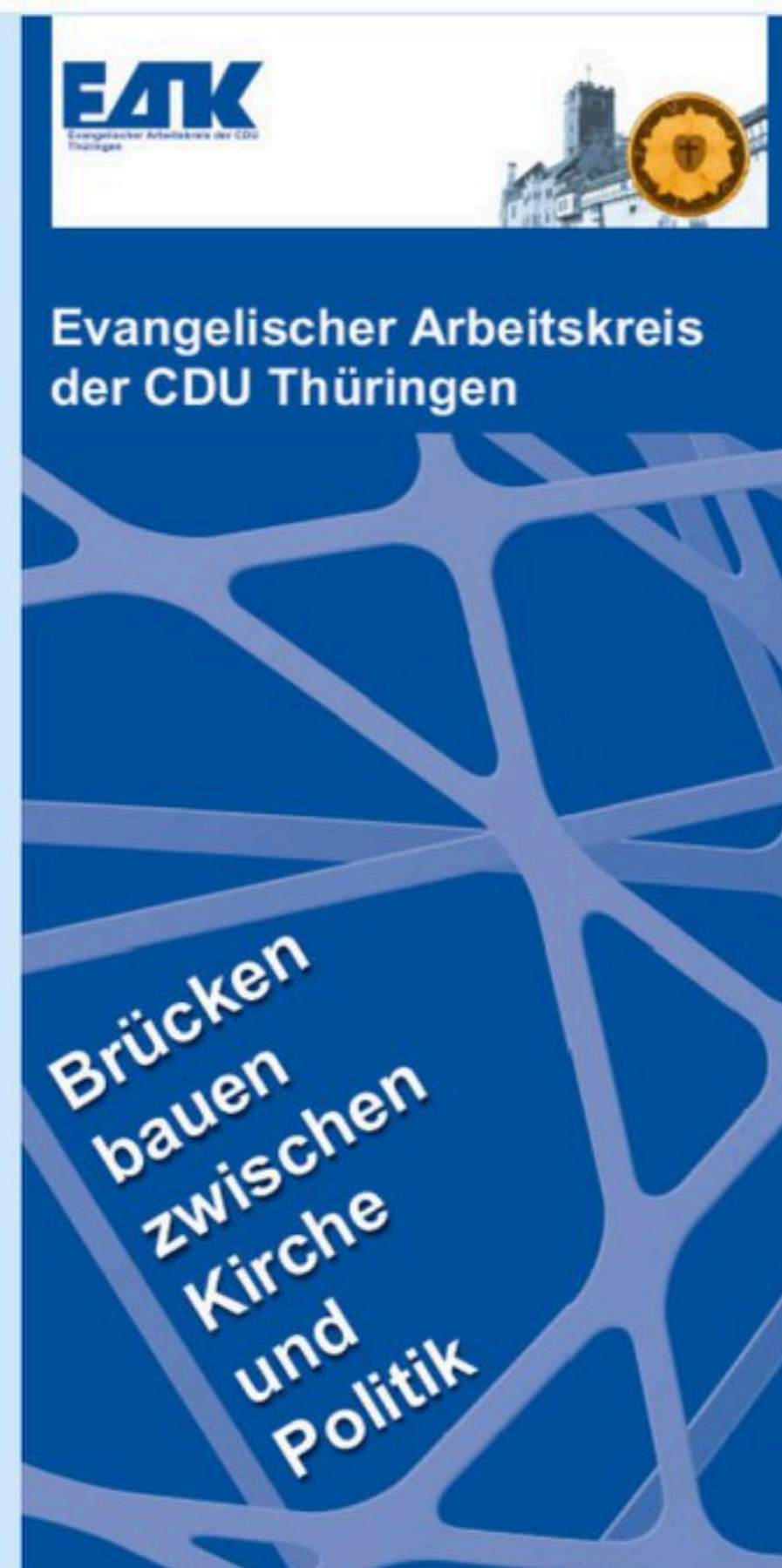
Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Tillmann Bauer (Erfurt) Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten



die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten

Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

Der Prophet Jeremias forderte die kleine Schar der in der babylonischen Gefangenschaft, in einer scheinbar fremden und feindlichen Welt lebenden Israeliten einst auf: „Suchet der Stadt Bestes“. Dieser Aufforderung zur tätigen Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, das uns um vieles näher ist, fühlen sich die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen zutiefst verpflichtet. ■